

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/13

16. Januar 1973

Fahrplan für den Fortschritt

Brandts Regierungserklärung '73: sachlich,
nüchtern und selbstbewußt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums, SPD-Landesvorsit-
zender in Bayern und Bundesminister für Raum-
ordnung, Städtebau und Wohnungswesen

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Vietnam muß sein Ende finden!

Willy Brandts Klarstellungen zum Südostasienkrieg

Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

Zehn Jahre deutsch-französischer Vertrag

Die Geschichte einer beispielhaften Zusammen-
arbeit

Von Conrad Ahlers MdB

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Strich durch späten Nutzen

Das Bundeskartellamt stoppt 50jähriges Monopol

Seite 7 / 39 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Palme: "Ich bin ein kritischer Freund Amerikas"

Seite 8 und 9 / 72 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 30 37 - 38
Telex: 888 846 / 888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Fahrplan für den Fortschritt

Brandts Regierungserklärung '73: sachlich, nüchtern und selbstbewußt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums, SPD-Landesvorsitzender in Bayern
und Bundesminister für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen

Die zweite Regierung Brandt/Scheel hat ihre Regierungserklärung vorgelegt. Sie ist umfangreicher, aber auch detaillierter ausgefallen als es von mancher Seite erwartet worden ist. Zugleich ist sie auch nüchterner als die von 1969. Der Szenerie, in der sie heute abgegeben wurde, fehlt der historische Hauch, der sich im Oktober 1969 daraus erklärte, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die konservativen und die fortschrittlichen Kräfte im Parlament die Rollen getauscht hatten. Aber gerade durch ihre sachliche, nüchterne und eben deshalb auch selbstbewußtere Diktion gibt diese Regierungserklärung vom 18. Januar der Politik der Neuen Mitte klare und realistische Perspektiven.

Gewiß, es ist die Regierungserklärung einer Koalition. Nicht alle Punkte des Dortmunder Wahlprogramms der SPD haben deshalb im Text der Erklärung ihren Niederschlag gefunden. An einigen Stellen - etwa in der Steuer- und der Mitbestimmungsfrage - läßt der Text durchaus erkennen, daß zwischen den Koalitionspartnern noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Aber das ändert nichts daran: Die Regierungserklärung entspricht in allen wesentlichen Punkten sozialdemokratischen Vorstellungen und bringt wichtige sozialdemokratische Forderungen ihrer Verwirklichung näher. Sie macht deutlich, daß die neue Legislaturperiode im Zeichen der Innenpolitik, vor allem der Gesellschaftspolitik stehen wird. Sie verwendet an mehreren Stellen den Begriff der Lebensqualität und betont ausdrücklich: Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard, Lebensqualität bereichert unser Leben über Produktion, Einkommen und Konsum hinaus.

Folgerichtig spricht sich die Regierungserklärung daher für den weiteren Abbau der Fremdbestimmung zugunsten einer wachsenden

Selbstbestimmung der Bürger aus. Sie tut dies, indem sie zum mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten auffordert: Die Mitbestimmung wird ausgebaut, die Bürgerbeteiligung an der Planung verstärkt und die Bildungsreform unter ausdrücklicher Einbeziehung der Berufsbildung vorangebracht.

Die Regierungserklärung zieht aber auch den Wirkungsbereich des ökonomischen Prinzips klare Grenzen. Natürlich enthält sie keine generelle Absage an Wachstum und steigende Produktivität. Das wäre unsinnige, realitätsferne und auch unsoziale Bilderstürmerei. Aber sie sagt, daß die weitere Steigerung des Sozialprodukts dort zurücktreten muß, wo höhere Werte - so etwa die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen - gefährdet sind, und wo sie sich mit den Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, mit der Reform des Bodenrechts, mit dem Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs in den Verdichtungsgebieten oder auch mit der Raumordnungspolitik beschäftigt, dort zieht sie klare Konsequenzen.

All das leitet die Regierungserklärung nicht ab aus einem Dogma oder aus einem geschlossenen ideologischen Konzept, sondern aus den konkreten Bedürfnissen der Menschen in dieser Zeit. Und was sie ankündigt, will sie mit einem stabilen und leistungsfähigen Staat verwirklichen. Einem Staat, der nicht zum ohnmächtigen Spielball partikulärer Interessen wird, sondern genügend Kraft besitzt, um die Schwachen zu schützen, die Mächtigen im Zaum zu halten und die notwendigen Veränderungen auch gegen den Widerstand derer durchzusetzen, die nur ihre Vorrechte verteidigen.

Das alles läßt die Regierungserklärung gerade für die Sozialdemokraten als ein taugliches Instrument praktischer Politik erscheinen: Sie ist ein Fahrplan für den Fortschritt.

(1/18.1.1973/ks/ex)

Vietnam muß sein Ende finden!

Willy Brandts Klarstellungen zum Südostasienkrieg

US-Amerikas Präsident wird, wenn nicht alles täuscht, den Beginn seiner zweiten Amtsperiode ohne die Mitteilung an sein Volk und die übrige Welt feiern müssen, daß der Friedensvertrag für Vietnam endlich unter Dach und Fach sei. Richard Milhous Nixons Antrittsrede vom 20. Januar werde daher, so kündigte man in Washington vorsorglich an, den Vietnamkrieg nur kurz behandeln.

Dieser knappe Vermerk kann durch die Feststellung ergänzt werden, daß der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, in der Regierungserklärung für seine zweite Amtsperiode ganz ausdrücklich auf diesen schrecklichen Krieg in Südostasien eingegangen ist. An herausragender Stelle seiner Erklärung ließ der Kanzler keinen Zweifel daran zu, daß er die drängende Ungeduld, mit der die Menschen gerade auch in Deutschland den Frieden für Vietnam erwarten, gut verstehen könne. Wenn er als Bundeskanzler es auch nicht für richtig gehalten habe, sich lautstarken Protesten, die so manchesmal einen falschen Klang hatten, anzuschließen, so sei festzuhalten, daß andere Wege und Formen gewählt worden seien, um den bundesdeutschen Einfluß für den Frieden und die Menschlichkeit geltend zu machen. Sobald es die Umstände zulassen, wird sicher deutlich gemacht werden können, welche Initiativen und Hilfen gerade der Bundeskanzler unternommen und gegeben hat, um zu seinem politisch so gewichtigen Teil und im Namen der Bundesrepublik und ihrer Menschen zum "Feuerschuß" in Vietnam beizutragen.

So besteht also zum Kernpunkt des Vietnam-Anliegens für

den Kanzler, die Regierung und die Bevölkerung völlige Übereinstimmung in dem nachdrücklichst hervorgehobenen und gründlichen Wunsche, daß für die so maßlos gequälten Menschen in beiden Teilen Vietnams und in den Nachbarstaaten, die in den mörderischen Krieg hineingezogen wurden, endlich und so rasch wie nur irgendmöglich der völlige Abschluß des Bombens und Schießens und Tötens kommen sollte und müsse. Von dieser Basisfeststellung aus ist die zugleich verheißungsvolle und folgenschwere Ankündigung des Kanzlers zu unterstreichen, daß die Bundesregierung darauf vorbereitet ist, in beiden Teilen Vietnams humanitären Beistand zu leisten und am Wiederaufbau dieses gequälten und verwüsteten Landes mitzuwirken.

Willy Brandt setzte hinzu: "Wenn endlich die Waffen schweigen." Diese Voraussetzung darf jetzt nicht mehr auf sich warten lassen. Die Kontrahenten in West und Ost sollten erkennen, daß die Weltmeinung diesen Krieg nicht mehr erträgt, und daß jeder Tote mehr den Unmut weiter steigern muß. Jeder Tote vor dem Waffenstillstand und Friedensschluß, aber auch jeder Tote nachher. Die Weltmeinung will überhaupt keine Toten, weder in einem lauten noch in einem stillen Krieg, weder im Fernen Osten noch in der Mitte von Europa.

(ee/18.1.1973/bgy/ee)

Zehn Jahre deutsch-französischer Vertrag

Die Geschichte einer beispielhaften Zusammenarbeit

Von Conrad Ahlers MdB

Der zehnjährige Jahrestag des deutsch-französischen Vertrages wird in der kommenden Woche in Paris mit angemessenem Zeremoniell begangen. An der Spitze einer sehr starken Bundesminister-Delegation trifft der Bundeskanzler mit dem französischen Staatspräsidenten und dessen Kabinett zu einer Arbeitssitzung in feierlicher Form zusammen.

Diese gemeinsamen Beratungen der deutschen und der französischen Regierung über alle Gebiete gemeinsamen Interesses sind seit 1962 zu einer guten Tradition geworden. Sie verleihen diesem Vertrag immer noch einen besonderen Charakter und geben stets neue Anstöße für die Zusammenarbeit. Präsident Pompidou hatte Recht, als er kürzlich davon sprach, daß man den Eindruck gewinnen könnte, als handele es sich um die Kabinettsitzung der Regierung eines Staates.

In der Tat: Wer häufig an diesen Beratungen teilgenommen hat, ist beeindruckt von der persönlichen Vertrautheit, die in- zwischen in diesem Kreise herrscht. Er kann feststellen, wie ähnlich, ja oft deckungsgleich die Probleme sind, mit denen sich die beiden Regierungen ständig befassen müssen. Und wenn auch die Lösungen aufgrund unterschiedlicher Auffassungen und Zielsetzungen häufig verschieden ausfallen, so rechtfertigt schon allein die Tatsache, daß die beiden Nachbarstaaten im wesentlichen mit den gleichen Fragen zu ringen haben, die Fortsetzung des kühnen Unterfangens, des Charles de Gaulle und Konrad Adenauer vor zehn Jahren begonnen hatten.

Damals allerdings wollte man mehr als das, was heute ist. de Gaulle zielte auf eine enge Verklammerung der beiden Staaten, um Frankreich ein für alle Mal die Furcht vor Deutschland zu neh-

men und um dem westlichen Teil des geteilten Deutschlands einen festen Platz an der Seite Frankreichs zu verschaffen. Dies war auch die Konzeption Adenauers. Die Idee war von historischer Größe, konnte aber schon deshalb nicht verwirklicht werden, weil Frankreich letztlich die eigene Souveränität voll bewahren wollte und weil auch die Bundesrepublik auf ihre besonderen Interessen zu achten hatte.

So kam es zu Enttäuschungen. De Gaulle verglich die Vergänglichkeit des Vertrages mit der von jungen Mädchen und jungen Rosen-Pompidou ging noch weiter und stufte die privilegierte Zusammenarbeit zu einer "beispielhaften" herab, nicht zuletzt im Interesse der erweiterten Europäischen Gemeinschaft, für die ein deutsch-französisches Sonderbündnis gewiß eine Belastung wäre.

Diese realistische Einstellung entspricht der Wirklichkeit, von der man sich nicht zuviel erwarten darf. Dennoch hat der deutsch-französische Vertrag einen historischen Sinn und einen praktischen Nutzen. Er bringt tatsächlich die beiden Völker einander näher. Er hat Westeuropa weniger krisenanfällig gemacht. Er hat dazu beigetragen, die große europäische Krise zu überbrücken, die wegen des Ausschlusses Englands vom Gemeinsamen Markt durch das Veto de Gaulles entstanden war. Er hat auch unserer Ostpolitik den Weg bereitet.

Sein praktischer Nutzen liegt in der engen Information und Konsultation über zahllose Vorgänge der Außen- und Wirtschaftspolitik und in der Abstimmung über gleichgerichtetes Verhalten in Bezug auf manche Fragen gemeinsamen Interesses. Wir dürfen die Bedeutung des Vertrages nicht geringschätzen, sondern uns frohen Sinnes darüber wundern, daß er nicht in den Archiven verschwunden ist, sondern lebendige Gestalt angenommen hat.

(-/18.1.1973/bgy/ex)

* * *

Strich durch späten Nutzen

Das Bundeskartellamt stoppt 50jähriges Monopol

Nahezu 50 Jahre profitierten Hersteller von Teererzeugnissen von der Sorge anderer um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit. Noch 1965 wurde die Erlaubnis erneuert, daß acht Unternehmen ihre im Grunde konkurrierenden Erzeugnisse gemeinsam verkaufen durften. Nun hat das Bundeskartellamt der Idylle des Phenol-Verbandes und der Verkaufsvereinigung für Teererzeugnisse ein Ende bereitet.

Die beiden sogenannten Uralt-Kartelle wurden nicht verlängert. Eine Überprüfung hatte ergeben, daß die ursprüngliche Erlaubnisvoraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Einmal ist die Zahl der Anfangs beteiligten Firmen geschrumpft; zum anderen haben manche der verbliebenen Firmen Marktstellungen erreicht, die den Schutz eines einheitlichen Verhaltens aller Anbieter absolut überflüssig machen.

Hauptnutznießer waren die in Frankfurt residierenden Rütgers Erke A.G. Sie war zur kartellrechtlich geschützten Marktführerin geworden, nachdem die Ruhrkohle A.G. nur noch als Rechtsnachfolgerin der Ewald Kohle im Kartell saß, selbst aber keine eigene Teerdestillation betreibt. Also kamen die Berliner Kartellwächter zu der Überzeugung, daß "dieses Unternehmen in eine Größenordnung herdingewachsen ist, die erwarten läßt, daß es auch unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Marktes für Teererzeugnisse einen eigenen Verkauf in gleich wirtschaftlicher Weise wie in den Syndikaten betreiben kann".

Wenngleich auch Wehgeschrei zu erwarten ist, sollte im Ernst niemand schwarz für die Phenol-Destillierer und die Teerkocher sehen. Dies ist nicht mehr zu befürchten, seit sie sich ohnehin schon am Markt behauptet haben. Man sollte indes froh sein über die ewige Sorgfalt des Bundeskartellamtes, das in der letzten Zeit zunehmend unter Beschuß der Industrie gerät. Dabei ist die Berliner Behörde keineswegs darauf angesetzt, politische scheinende Preiserhöhungen zu überprüfen. Sie hat wohl darüber zu wachen, daß das geräfft als Kartellgesetz bezeichnete Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen seinem Inhalt nach erfüllt wird.

Ein Unternehmen aber, das unbestritten den Markt anführt, kann nicht darauf pochen, noch den recht umfangreichen Schutz des Kartellgesetzes zu erhalten. Wer unter dem Schutz dieses Gesetzes groß und stark geworden ist, muß sich auch allein behaupten können. Branchenkenner meinen denn auch, daß kaum mit einem Konkurs der aus dem Kartellschutz entlassenen Firmen zu rechnen ist.

Theodor Tremmes
(-/18.1.1973/ks/ex)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Palme: "Ich bin ein kritischer Freund Amerikas"

Schwedens sozialdemokratischer Ministerpräsident Olof Palme (45) war wegen seiner pointierten Äußerungen zum Vietnamkrieg, die er unmittelbar nach dem Vorweihnachts-Befehl des US-Präsidenten Richard M. Nixon zum Luftbombardement Nordvietnams abgegeben hat, von der Washingtoner Regierung und u.a. auch von der bundesdeutschen Opposition scharf kritisiert worden. Zum Verständnis der Haltung Palmes sollte ein Interview beitragen können, das er am 16. Januar 1973 dem Wiener SPÖ-Organ "Arbeiter-Zeitung" gegeben hat und das wir vollinhaltlich wiedergeben.

"Wie ist das Verhältnis Schwedens zu den USA, nachdem Sie die Dezemberbombardements so vehement verurteilten?"

Olof Palme: Schweden ist in dieser politischen Frage verschiedener Meinung mit der amerikanischen Regierung. Die ganze öffentliche Meinung Schwedens denkt in Bezug auf den Vietnamkrieg anders als das offizielle Amerika. Sonst haben wir aber sehr gute Verbindungen zu den USA, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet. Ich habe über die Beziehungen zu den USA keine Angst, wenn dieser schreckliche Krieg einmal zu Ende ist.

Sind Sie jemals mit US-Präsident Nixon zusammengetroffen?"

Olof Palme: Nur ein einziges Mal.

Wie hat sich die öffentliche Meinung Schwedens zu den USA geäußert?"

Olof Palme: Ganz Schweden ist in Bezug auf die Bombardements und die Notwendigkeit des Friedens einig. Dies zeigte sich darin, daß alle politischen Parteien Schwedens eine gemeinsame Erklärung über den Vietnamkrieg angenommen haben, in der die sofortige Beendigung der Luftangriffe verlangt wurde. Alle Parteien sandten auch ein Telegramm an UNO-Generalsekretär Waldheim. Wir machten auch eine Unterschriftensammlung. 700.000 Unterschriften sind für ein kleines Land wie Schweden sehr viel. Sie zeigen, daß die

öffentliche Meinung hinter dieser Auffassung der Parteien steht.

Wie war die Reaktion auf Ihre Äußerungen bei der Pressekonferenz vom 23. Dezember?

Olof Palme: Ich habe nie in meinem Leben so viele Briefe bekommen - mehr als tausend aus der ganzen Welt. 95 vH. waren positiv. Besonders gefreut haben mich die vielen Briefe aus Amerika, die beinahe alle positiv waren.

Man sagt, daß Ihre Äußerungen nicht richtig interpretiert wurden? Stimmt das?

Olof Palme: Insofern ist das richtig, als ich die Namen Guernica, Oradour usw. nicht als buchstäblicher Vergleich gebrauchen wollte, sondern als Symbole der sinnlosen Gewalt. Ich wollte die Einwirkung der Massenzerstörung auf den einzelnen Menschen vergleichen. Ich bekam Direktberichte aus Hanoi. Der Weihnachtseabend näherte sich, und ich dachte an die Sterbenden. Aus rein humanistischen Gründen wollte ich der Empörung Ausdruck geben, die so viele Menschen damals fühlten.

Wie sind jetzt die offiziellen diplomatischen Beziehungen Schweden-USA?

Olof Palme: Wir haben den schwedischen Botschafter augenblicklich nicht nach Washington geschickt. Der US-Botschafter in Stockholm trat zurück und ein neuer ist noch nicht ernannt.

Was muß geschehen, damit der schwedische Botschafter wieder nach Washington geschickt wird?

Olof Palme: Warten wir ab, man muß erst sehen, was weiter geschieht.

Wie nahmen die Parteiführer bei der Pariser Konferenz der Internationale zum Vietnamproblem Stellung?

Olof Palme: Bei der Diskussion waren alle derselben Meinung. Ich selbst habe seit 20 Jahren dieselbe Meinung. Ich hielt meine erste Vietnamrede im November 1953. Ich wurde in der letzten Zeit mehrmals gefragt, warum ich schärfer gesprochen habe als die Kommunisten. Die Antwort ist: Weil ich kein Kommunist bin, sondern ein reformistischer Demokrat. Ich bin für das amerikanische demokratische Ideal, und deshalb war die Enttäuschung und Empörung um so größer. Ich habe teilweise meine Ausbildung in den USA gehabt, ich habe ein Jahr dort gelebt und am Kenyon College in Ohio den B.A. (Bachelor of Arts, erster akademischer Grad) erworben. Ich habe auch ein US-Ehrendoktorat. Ich bin ein Freund der USA, aber gerade die traditionellen Freunde Amerikas müssen sehr klar aussprechen, was sie denken." (-/18.1.1973/ks/ex)